Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Amtsblatt

für

Das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.

Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Anzeiger

für

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Reichenbach, Callenberg, Langenchursdorf, Grumbach, Tirschheim, Kuhschnappel, Wüstenbrand, Grüna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Lugau, Erlbach, Pleißa, Rußdorf, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

Erscheint jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger das Vierteljahr Mk. 1.55, durch die Post bezogen Mk. 1.92 frei ins Haus. | **Fernsprecher Nr. 11.** | **Inserate** nehmen außer der Geschäftsstelle auch die Austräger auf dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Nr. 279. | Geschäftsstelle Schulstraße Nr. 31. | **Freitag, den 1. Dezember 1911.** | Brief- und Telegramm-Adresse Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal. | **61. Jahrg.**

Freitag, den 1. Dezember 1911 nachm. 3 Uhr sollen im Versteigerungsraum des hiesigen Kgl. Amtsgerichts ein **Schreibtisch, 1 Kleiderschrank** und **1 Regulator** gegen Bahrzahlung versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Kgl. Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal,
am 30. November 1911.

2. Bezirksschule.

Die **Anmeldung der Neulinge** für Ostern 1912 hat **am 4. Dezember 1911** zu erfolgen, und zwar die der **Knaben** von **2—3** Uhr, die der **Mädchen** von **3—4** Uhr.

Vorzulegen ist für **alle** Kinder der Impfschein, für die nicht in Hohenstein-Er. geborenen **außerdem** das Geburtszeugnis mit Taufbescheinigung.

Hohenstein-Ernstthal, den 21. November 1911.

Die Schuldirektion.

Bekanntmachung.

Montag den 4. und **Dienstag** den 5. Dezember werden
a) der **4. Termin Gemeindeanlagen** und
b) der **4. Termin Schul- und Parochialanlagen**
in der Gemeindeexpedition vereinnahmt.

Hermsdorf, den 29. November 1911.

Der Gemeindevorstand.
Müller.

Das Wichtigste vom Tage.

* Im sächsischen Landtage wurden gestern die Etatsberatungen fortgesetzt. Das neue Volksschulgesetz soll den Kammern im Januar zugehen.

* Der Reichstag erledigte gestern die zweite Lesung des Hausarbeitsgesetzes.

Feldmarschall Graf Häseler hat seine Reichstagskandidatur zurückgezogen.

Die englische Regierung hat durch eine Note des Staatssekretärs Grey an den deutschen Botschafter vom 27. November ihre Zustimmung zum Marokko-Abkommen erklärt.

Das propellerlose Luftschiff unternahm gestern auf dem Tegeler Schießplatz eine Probefahrt. Die Neuerungen bewährten sich vorzüglich.

* Ein deutsches Detachement von 200 Mann ist von Tsingtau nach Tientsin entsandt worden, um die Stadt zu sichern, falls die Europäer Peking verlassen müssen.

* Im österreichischen Abgeordnetenhause haben die Tschechen einen Skandal provoziert, der schließlich in eine Rauferei ausartete.

* Näheres siehe weiter unten.

Ein Appell an die Parteien.

Von einem Historiker auf einem deutschen Lehrstuhl wird uns geschrieben.

Es ist gar bitter, in die eigene Tasche greifen zu müssen, wenn es gilt, die Rüstung des Vaterlandes so zu verstärken, daß es imstande ist, sich in den Stunden des Ernstes nicht nur ehrenvoll zu behaupten, sondern den Gegner niederzuzwingen und ihm einen Frieden zu diktieren, der Zukunft und Lebensinteresse des Volkes gründlich sichert. Auch den Engländern kommt es jetzt bitter an, neue Steuern für neue Dreadnoughts zahlen zu müssen. Warum wurden denn ihre Zeitungen nach der drohenden Rede Lloyd Georges im Juli dieses Jahres mit einemmale wieder so mild und freundlich gegen uns und versicherten uns, kein Wässerchen getrübt zu haben? Weil der Engländer zu fürchten begann, daß der Vetter Michel als richtige Antwort auf Lloyd Georges Anhieb sich ein paar neue Kähne bauen werde und daß auch ihm dann nichts anderes übrig bleiben werde. Ja, neue Steuern für Flotte und Heer sind sicher — und doch muß, wenn unser Schelten und Zürnen über den unbefriegenden Ausgang der Marokkokrisis nicht bloß blindes Geschwätz und Ballen der Faust in der Tasche bleiben soll, — die politische Einsicht aller Parteien bei uns sich an den Gedanken gewöhnen, daß ein weiterer Ausbau unserer Flottenrüstung unvermeidlich ist. Wer damit zufrieden ist, daß Deutschland in allem vor England hübsch zurückweiche und die Teilung der noch unverteilten Weltmärkte dem — wir gebrauchen das vorzügliche Schlagwort des Sozialisten Hildebrand — englisch-französisch-russischen Syndikate überlasse, der hat allen Anlaß, gegen neue Kriegsschiffe und neue Steuern sich bei uns zu sperren. „Pfui über dich . . . hinter dem Ofen", hätten wir beinah gesagt, doch wir verbeißen uns das Wort, weil wir wissen, daß sehr anständige und respektable Philister unter denen sich befinden, die heute über den Gedanken einer neuen Flottenvorlage die Hände ringen. Auch leben wir im Zeitalter der berühmten Reichsfinanzreform, die, mit einer seltenen Steuer- und Opferwilligkeit des deutschen Bürgertums ursprünglich begonnen, durch ihren kläglichen klassenegoistischen Ausgang den Geschmack für neue Steuerbewilligungen zunächst gehörig verleidet hat. Wundervoll ist es, wie sich Herr v. Heydebrand kürzlich aus der Affäre zog. Er hat politischen Verstand und Sinn für reale Machtfragen genug, um sich zu sagen, daß wir neue Geldmittel und Waffen für einen von uns wahrlich nicht gewünschten und doch so gefährlich drohenden Existenzkampf benötigen, und da er ein Haar darin gefunden hat, den schon vollauf belasteten Massen neue indirekte Steuern aufzuwälzen und doch andererseits den trotzigen Agrarierhaß gegen die gerechteste der Besitzsteuern, die Erbschaftssteuer, noch nicht zu bändigen vermag, so verkündet er mit schöner Pose, daß „wir" bereit sind, den Besitz, aber nicht den Besitz der Toten, sondern den der Lebenden zu besteuern, um dem Vaterlande zu Hilfe zu kommen. Nun immerhin, er erkennt doch an, daß etwas geschehen muß und daß die Besitzenden diesmal heran müssen, und der neue Reichstag wird hoffentlich schon dafür sorgen, daß die Sünde von 1909 gutgemacht und die Erbschaftssteuer zum Gesetz wird.

Aber wie wird sich das Zentrum zu diesen Lebensfragen unserer Volkszukunft stellen? Es beteuert ja auch seine nationalpolitische Zuverlässigkeit und will sich von niemanden darin mehr übertreffen lassen. Daß es nun, vor die Frage neuer Flottenrüstungen und neuer Steuern gestellt, sie sich erst gründlich überlegt, wollen wir ihm nicht übel nehmen. Das ist selbstverständlich, man muß sich erst aufs Gewissenhafteste davon überzeugen, was zu leisten nötig und was zu leisten möglich ist in unseren teuren Zeiten. Aber unsere teueren Zeiten sind auch furchtbar ernste Zeiten, und die Entscheidung, ob uns der Krieg mit England erspart bleibt oder nicht, hängt nicht von unserem aufrichtigen Wunsche nach Frieden allein ab. Da ist es schlechthin unverantwortlich, daß das führende Blatt der Zentrumspartei von vornherein jeden Gedanken an weitere Stärkung unserer Flotte verwirft. Das Zentrum kann, so hat die „Germania vor einigen Tagen geschrieben, „das Bedürfnis einer Verstärkung der deutschen Flotte über das Flottengesetz hinaus nicht anerkennen; das Zentrum würde deshalb einer neuen Flottenvorlage . . . . vollständig ablehnend gegenüberstehen".

Nun führt wohl die „Germania" einen Grund an, der oft schon stark gewirkt hat auf den deutschen Bürgersmann. Daß nämlich eine neue Flottenvorlage eine starke Provokation Englands bedeute und unmittelbar den Krieg zur Folge haben könnte. Wir fragen dagegen, ob wir die Kriegsgefahr denn dadurch aus der Welt schaffen, daß wir uns auf unsere bisherige, tatsächlich England gegenüber ungenügende Flottenrüstung beschränken? Wie nahe diese Kriegsgefahr im Sommer und Herbst war, haben wir doch alle eben erfahren. Mögen wir rüsten oder nicht rüsten, England tritt uns ja doch überall in den Weg, wo wir für unsere Kinder und Enkel nach neuen wirklich wertvollen Wirtschaftsgebieten und Existenzbedingungen suchen, und je schwächer wir gerüstet sind, umso größer ist die Versuchung für England, im kritischen Momente über uns herzufallen. Wir wollen dabei durchaus nicht in Abrede stellen, daß unserer gefährdeten Lage Behutsamkeit und Vorsicht bei neuen Rüstungen dringend nötig ist und daß die Frage des Wie und Wann von Volksvertretung und Regierung reiflichst erwogen werden muß. Aber diese unermeßlich wichtige Frage kurzweg abzuschneiden durch ein kategorisches Nein, wie es die „Germania" tut, kann nicht scharf genug verurteilt werden.

Das Echo der Greyschen Rede.

Nach dem englischen Unterhause ist nun auch das Haus der Lords in eine Erörterung der deutsch-englischen Beziehungen eingetreten. Wenn diese Debatte auch nicht die ungewöhnliche Bedeutung beanspruchen kann, die den Verhandlungen am Montag innewohnte, so ist sie doch durch die nicht eben freundliche Kritik, die ein liberaler Peer an der Politik seiner Regierung übte, in hohem Maße bemerkenswert.

Lord Courtney fragte, warum nicht ein dem englisch-französischen Abkommen ähnlicher Vertrag mit Deutschland geschlossen werden könne. Das britische Auswärtige Amt habe von der Algecirasakte nur gering gedacht, während sie die Vertragsverpflichtungen mit Frankreich hoch eingeschätzt habe. Wenn man die Algecirasakte sich ständig vor Augen gehalten hätte, so würden wir fast alle unsere Schwierigkeiten vermieden haben. Es würde vieles erspart haben, wenn wir Frankreich auseinandergesetzt hätten, daß Schritte von seiten Frankreichs, welche die Unabhängigkeit Marokkos bedrohten, Kommentare bei den anderen Mächten hervorrufen müßten, die an der Algecirasakte beteiligt sind, und daß, wenn Frankreich die Unabhängigkeit und Integrität Marokkos verletzen würde, zu deren Sicherung die Algecirasakte entworfen war, es außer unserer Macht sein würde, einer Beschwerde nicht nachzugeben. Aber wir taten nichts und gestatteten, daß die Angelegenheit sich selbst überlassen blieb. Wir wachten nicht eher auf, als bis der „Panther" entsandt wurde." Lord Courtney erklärte mit Bezugnahme auf die Rede von Lloyd George, daß der eingeschlagene Weg erstaunlich gewesen sei. Die Hilfsquellen der Diplomatie seien nicht erschöpft gewesen, und die Angelegenheit hätte noch in diplomatischer Weise behandelt werden können. Lloyd George habe seinen Auftrag nicht gut erfüllt. Seine Rede sei ein schriller Mißklang gewesen und in keiner Weise würdig. Glücklicherweise seien die kürzlichen Schwierigkeiten überwunden worden, aber es scheine, als ob Grey nicht imstande sei, zu glauben, daß es möglich sei, mit Deutschland ein solches Verhältnis herzlicher Freundschaft, gekennzeichnet durch wechselseitige Toleranz und Wohlwollen, zu schaffen, wie es mit Frankreich hergestellt worden sei. Die tatsächliche Lehre der letzten Monate sei die, daß sich Grey und die auswärtige Politik Großbritanniens leiten lassen sollten von einer neuen Auffassung von internationaler Verständigung.

Viscount Morley gab seinem tiefen Bedauern Ausdruck über Lord Courtneys Angriff auf Sir Edward Grey, der im März die Pulse schneller schlagen gemacht und Hoffnungen des Friedens in den Gemütern der Bevölkerung von Europa und Amerika angefacht habe durch den Geist seiner Rede im Unterhause über die Möglichkeiten für schiedsgerichtliche Erledigungen. Morley wendete sich sodann zu dem englisch-französischen Abkommen von 1904. Er bestritt, daß es eine antideutsche Allianz sei. Kein Staatssekretär des Auswärtigen Amts sei je mehr darauf bedacht gewesen, gute Beziehungen und ein gutes Einverständnis mit Deutschland zu sichern, als Lord Lansdowne. Es sei lächerlich zu sagen, daß die Urheber der Entente von 1904 an irgend welche Feindseligkeit gegenüber Deutschland gedacht hätten. (Beifall.) Redner wies dann auf die wichtige Tatsache der gewaltigen Fortschritte der deutschen Flotte während der letzten zehn Jahre hin und betonte dazu: Wir können unsere Augen dagegen nicht verschließen wegen der Steuer, welche wir dafür bezahlen. Es liegt aber nichts in der stufenweisen Erweiterung von Deutschlands Macht zur See, was das allgemeine Empfinden herzlicher Freundschaft, das Lord Courtney wünscht, beeinträchtigen müßte. Sie müssen alle Umstände in Erwägung ziehen, wie spekulativer Art auch die Frage sein mag, ob Frankreich, Deutschland, Italien oder England das meiste zur Geschichte der modernen Zivilisation beigetragen haben. Das wenigstens ist gewiß: diejenigen haben nicht unrecht, welche dabei beharren, daß Deutschlands hohe Leistungsfähigkeit, die Reinheit und Energie seiner Verwaltung, seine glänzenden Anstrengungen und großen Erfolge in allen Zweigen der Wissenschaft, sein Ruhm in Kunst und Literatur, seine Stärke des Charakters das Land berechtigen, daß seine nationalen Ideale den höchsten Platz unter den größten Idealen einnehmen, die jetzt die Welt beseelen. Lassen Sie uns dies alles nicht vergessen. Der deutsche Ehrgeiz ist ein vollständig verständlicher und sogar erhabener Ehrgeiz. Wer kann sich daher wundern, daß ein Staatswesen, das so enorme Fortschritte auf jedem Gebiet gemacht hat, den Wunsch hegt, Gebiete zu finden, damit sich seine überschüssige Bevölkerung eine Existenz begründen kann, ohne ihre Nationalität oder ihre Ideale zu verlieren. Es ist Raum für Deutschland unter der Sonne.

Darauf ergriff Lord Lansdowne das Wort und erklärte, die Rede von Sir Edward Grey sei eine der bemerkenswertesten, welche je von einem Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten gehalten worden sei. Die Rede Courtneys werde schwerlich vielen Mitgliedern des Hauses gefallen. Er verteidigte das englisch-französische Abkommen, das für eine lange kommende Zeit die auswärtigen Angelegenheiten Großbritanniens beeinflussen werde. Lord Lansdowne schloß: Ich glaube, die Hauptströmung der öffentlichen Meinung in Großbritannien und Deutschland ist stark zugunsten freundlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern, für den Abschluß einer Verständigung bezüglich aller Fragen, welche noch ungelöst bleiben, und für die Ueberzeugung, daß das größte Interesse beider Mächte die Erhaltung des internationalen Friedens ist.

Rebellen-Erfolge.

Nanking, 29. Nov. Die Revolutionäre sind heute frühmorgens durch vier Tore in die Stadt eingedrungen.

London, 29. Nov. In Hankau wird weiter heftig gefochten. Die beiden Gegner setzen abwechselnd über den Fluß und werden wieder zurückgeworfen. Zwei Kreuzer unterstützen die Revolutionäre. Mehr als tausend Verwundete wurden in den beiden letzten Tagen in den Krankenhäusern aufgenommen. Der Vizekönig von Setschuan Tuangfang, ist Gefangener der Revolutionäre und sendet verzweifelte Drahtbotschaften nach Peking. Der Brigadegeneral der modernen Mandschuarmee, General Lantienwei, ist aus Mukden in Dalny eingetroffen und hat dort die Fahne der Revolution entfaltet. Er wirbt Tausende von Rekruten, von denen viele gediente Soldaten sind. Die südmandschurische Eisenbahn befördert die Revolutionäre kostenfrei.

Peking, 29. Nov. Nach amtlichen Meldungen beginnt die Lage in der Mandschurei ernster zu werden. Japanische Truppen sind in Niutschwang eingetroffen. Es wird berichtet, daß Sangsan von den Aufständischen genommen worden ist. Banditen und Pöbel treiben in Fentschang und Futschu ihr Wesen. Der Vizekönig hält alle verfügbaren Truppen in Mukden versammelt. Es ist eine Verstärkung für die Wache der japanischen Gesandtschaft in Peking abgesandt worden. — Wie aus Saigon gemeldet wird, ist der Missionar Castenet in der Umgebung von Yunnanfu getötet worden. Der Bischofssitz des apostolischen Vikars Gnebriant wurde geplündert und in Brand gesteckt. Acht Christen wurden getötet

Deutsche Bereitschaft in China.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Die Entwicklung der chinesischen Revolution ist in ein langsameres Fahrwasser gekommen. Den Rebellen schien besonders daran zu liegen, das altbewährte Nanking in ihre Macht zu bringen, obwohl gerade diese Stadt, die Kapitale der Taiping-Fürsten, seit den entsetzlichen Verwüstungen, welche die Niederwerfung der Taipings begleiteten, ihre frühere Bedeutung noch nicht zurückerlangt hat. Gegen den jüngsten Aufstandsversuch hatten bekanntlich die Kaiserlichen sich siegreich behauptet und abermals ihren Sieg zu wilder Entfesellung ihrer sucht gegen die zopfabschneidenden Meuterer ausge